

Hans Rattinger

Deutsche Einstellungen und ihre Auswirkungen auf die amerikanische Präsenz

1. Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit zwei eng miteinander verbundenen Fragestellungen. Er untersucht die Entwicklung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland zur amerikanischen Truppenpräsenz sowie die Wahrnehmungen derartiger Einstellungen in den Vereinigten Staaten und die Folgerungen für die amerikanische Politik. Unter „öffentlicher Meinung“ werden dabei Verteilungen von Einstellungen und Einstellungsmuster in der Bevölkerung verstanden; der Beitrag geht dementsprechend nicht auf Einstellungen bestimmter Teilöffentlichkeiten ein, etwa sicherheitspolitischer Eliten. Die Darstellung der öffentlichen Meinung zur amerikanischen Truppenpräsenz wird ferner beschränkt auf die Einstellungen zur sicherheitspolitischen Bedeutung dieser Präsenz für die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft. Damit bleibt eine Reihe von möglicherweise für die Erklärung der öffentlichen Meinung zur amerikanischen Präsenz relevanten Einstellungen ausgeblendet, etwa die Entwicklung nationaler Stereotypen gegenüber den Vereinigten Staaten und Amerikanern, Dynamik und Dimensionen des Anti-Amerikanismus,¹ Wahrnehmung und Bewertung von Angehörigen der amerikanischen Verbände in Deutschland sowie Erfahrungen mit diesen Streitkräften und Einschätzungen ihres Verhältnisses zur deutschen Zi-

¹ Vgl. Herbert J. Spiro, *Anti-Americanism in Western Europe*, in: *The Annals*, 1988, S. 120–132.

vilbevölkerung.² Diese Einschränkung erfolgt einerseits aus Platzgründen und andererseits, weil die Einstellungen zur sicherheitspolitischen Rolle und Unterstützung der amerikanischen Truppenpräsenz für die amerikanische Politik den wichtigsten Ausschnitt aus dem Gesamtfeld der mit dieser Präsenz zusammenhängenden öffentlichen Meinung in Deutschland darstellen. Eine weitere Beschränkung besteht darin, daß — aus naheliegenden Gründen — nur im Ausnahmefall auf die öffentliche Meinung in den neuen Bundesländern eingegangen wird.

Die Analyse der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland zur amerikanischen Präsenz erfolgt in drei Schritten. Zuerst wird die Entwicklung einschlägiger Einstellungen über die Zeit hinweg verfolgt. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, welche Zusammenhänge zwischen verschiedenen Einstellungen zur amerikanischen Präsenz und anderen Meinungen zur Sicherheitspolitik bestehen. Im zweiten Schritt wird kurz auf einige sozialstrukturelle und politische Korrelate dieser Einstellungen auf individueller Ebene eingegangen. Zum Schluß wird durch einen Vergleich zwischen 1989 und 1990 versucht, die Auswirkungen der dramatischen Ereignisse im ehemaligen Ostblock seit dem Herbst 1989 auf die einschlägige öffentliche Meinung zu erfassen. Im zweiten Teil des Beitrags wird dann auf der Grundlage dieser Übersicht über verfügbares Datenmaterial und einiger Überlegungen über mögliche zukünftige Entwicklungen die Frage erörtert, welche Konsequenzen die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland für die amerikanische Haltung gegenüber der eigenen Präsenz in Deutschland haben kann.

2. Entwicklung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland zur amerikanischen Präsenz seit 1970

In seiner Monographie über die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland faßte Nelson die öffentliche Meinung

² Siehe dazu ausführlich Daniel J. Nelson, *Defenders or Intruders? The Dilemmas of U.S. Forces in Germany*, Boulder, Col., 1987.

aufgrund einer umfangreichen Sichtung von Umfragematerial wie folgt zusammen: „The general profile of West German public opinion ... should leave little doubt that the close security relationship between the United States and West Germany is sanctioned by broad public approval ... In the area of national security ... there is broad agreement on the fundamentals of the FRG's association with NATO and its close alliance with the United States ... In regard to NATO and the alliance with the United States, over the years most West Germans have become convinced of the necessity of maintaining U.S. troops in the FRG. Most, by far, favor the Federal Republic's continued membership in NATO. Despite the growth of neutralist sentiment, with the rise of the Green party, and the divisive debate over stationing a new generation of U.S. missiles on West German soil, a majority of West Germans still choose the alliance with the United States over any kind of neutralism. Perhaps the acid test of West German opinion on security issues comes from questions that survey opinion on the removal of U.S. troops from the FRG. Here we see that a very large proportion of West Germans approves of the continued presence of U.S. troops on West German soil. Only a small percentage would approve of their removal ... The conclusion that emerges from this profile of German public opinion is that the Federal Republic is the European country most ideally suited to play the role it has played for two decades and should continue to play in future years — namely the bedrock ally of the United States in Europe and the European touchstone of the Atlantic Alliance.“³

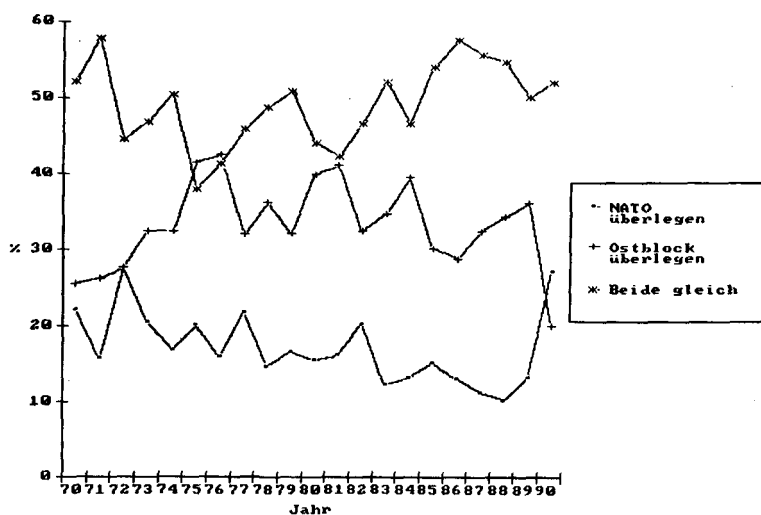
Diese Feststellungen waren sicher zutreffend, wenn man das Meinungsklima von Anfang und Mitte der achtziger Jahre mit demjenigen der fünfziger und sechziger Jahre vergleicht. Damals war der Bekanntheitsgrad der NATO wesentlich geringer, und die Skepsis gegenüber der sicherheitspolitischen Westorientierung der Bundesrepublik Deutschland war viel höher. Bezieht man jedoch die zweite Hälfte der achtziger Jahre mit ein, dann wird deutlich, daß zwar einerseits Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft der Bundes-

³ Ebd., S. 64 f.

republik Deutschland und die amerikanische Präsenz nach wie vor vorhanden, daß aber andererseits eine Abnahme dieser Zustimmung zu beobachten ist. Dies soll anhand der von EMNID für das Bundesministerium der Verteidigung jährlich erhobenen Daten dargestellt werden, wobei als Hintergrundinformation zuvor auf Bedrohungsvorstellungen und Wahrnehmungen der militärischen Kräfteverhältnisse in der öffentlichen Meinung eingegangen wird.

Zu diesen Beurteilungen der sicherheitspolitischen Ausgangslage kann festgestellt werden, daß die Wahrnehmung der Bedrohung sich in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich stärker verändert hat als diejenige des militärischen Gleichgewichts. Die Einschätzung, beide Blöcke seien gleich stark, war seit 1970 praktisch immer am häufigsten, bei fallender Tendenz bis 1975 und seither steigendem Trend (Abbildung 1). Der Osten sei überlegen, war fast ausnahmslos die zweithäufigste Antwort bei gegenläufigen Trends (Anstieg bis Mitte der siebziger Jahre, danach Abnahme). Daß die NATO stärker sei, wurde am seltensten angegeben bei fallendem

Abbildung 1: „Was meinen Sie, welcher Block ist zur Zeit militärisch überlegen, die NATO oder der Ostblock (Warschauer Pakt)?“



Trend. Die stärkste Veränderung zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren ist zwischen 1989 und 1990 zu beobachten; während die Wahrnehmung östlicher Überlegenheit um 16 Prozentpunkte sank, nahm die westlicher Überlegenheit um 14 Prozentpunkte zu und war 1990 zum ersten Mal die zweithäufigste Antwort.⁴

Dies ist zweifellos eine Reaktion auf den Zerfall des Ostblocks. Die Wahrnehmung der von ihm ausgehenden Bedrohung begann schon viel früher zurückzugehen (Abbildung 2). In den siebziger

Abbildung 2: „Ist Ihrer Meinung nach die kommunistische Bedrohung sehr groß — groß — nicht so groß — oder nicht ernst zu nehmen?“ (% sehr groß oder groß)



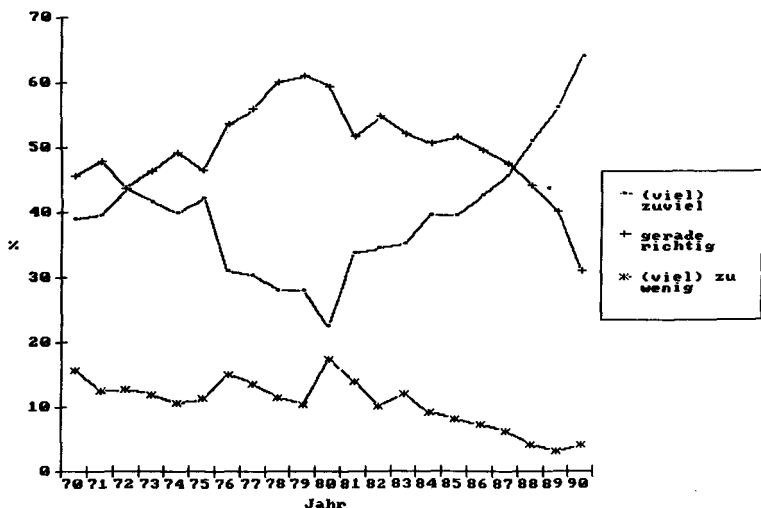
Jahren schwankte der Anteil der bundesrepublikanischen Bevölkerung, der eine große oder sehr große Bedrohung sah, zwischen unter 40 und über 50 Prozent. Über die achtziger Jahre hinweg nahm er fast kontinuierlich von rund 50 auf nur noch 14 Prozent

⁴ In allen Tabellen, Abbildungen und Prozentangaben dieses Beitrages sind Befragte ohne Meinung oder ohne Angabe so verrechnet, als hätten sie die gleichen Meinungsverteilungen wie die übrigen Befragten. Wenn immer von dieser Praxis abgewichen wird, ist dies ausdrücklich vermerkt.

im Jahre 1990 ab — erst langsam, ab 1986 deutlich schneller. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland wies mithin im letzten Jahrzehnt kaum eine Tendenz zu Illusionen über die militärischen *Fähigkeiten* des Ostens auf, wohl aber wurden seine *Intentionen* als immer weniger bedrohlich eingeschätzt.

Selbstverständlich ist zu vermuten, daß solche Veränderungen der Lagebeurteilung sich in den Einstellungen zu sicherheitspolitischen Vorkehrungen niederschlagen. Diese Vermutung wird in der Tat bestätigt. Parallel zum Rückgang der Bedrohungsvorstellungen nahm die Skepsis gegenüber dem Verteidigungshaushalt deutlich zu. Das Jahr 1980 markiert auch hier eine Trendwende. Im Verlauf der siebziger Jahre wurde die Auffassung, die Bundesrepublik Deutschland gebe zu viel für Verteidigung aus, immer seltener, die Ansicht, diese Ausgaben seien gerade richtig, entwickelte sich zur eindeutigen Mehrheitsmeinung (Abbildung 3). Über die achtziger Jahre hinweg halbierte sich der Anteil der Befragten mit dieser Meinung von rund 60 auf 30 Prozent, gleichzeitig ging der Prozent-

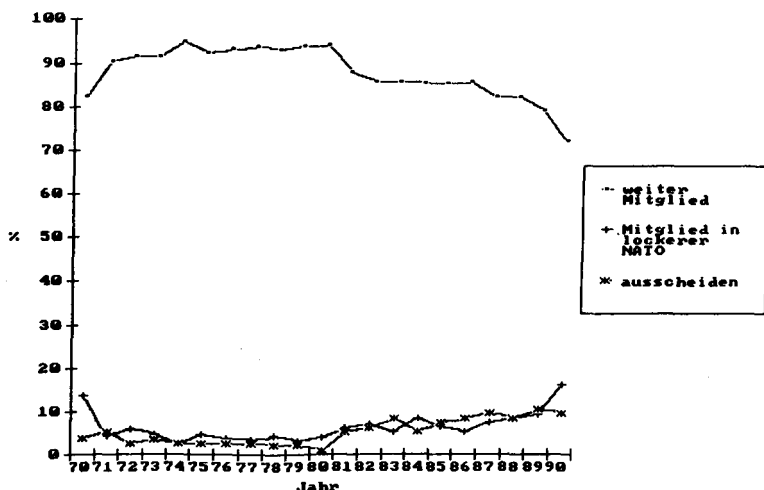
Abbildung 3: „Gibt Ihrer Meinung nach die Bundesrepublik viel zu viel — zu viel — gerade richtig — zu wenig — oder viel zu wenig für ihre Verteidigung aus?“



satz derjenigen, die den Verteidigungshaushalt für zu niedrig hielten, auf fast verschwindende Werte zurück. Umgekehrt stieg die Meinung, er sei zu hoch, von 1980 bis 1990 von 23 auf 65 Prozent an. Seit 1988 ist dies nicht nur relativ die am häufigsten gegebene Antwort, sondern auch die Meinung von mehr als der Hälfte der Befragten.

Ein ähnlicher — wenn auch viel schwächerer — Effekt läßt sich auch in den Einstellungen zur deutschen NATO-Mitgliedschaft feststellen. Zu Beginn der siebziger Jahre setzte sich der Anstieg der Unterstützung für die Zugehörigkeit zur NATO, der seit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Bündnis kontinuierlich beobachtet werden konnte, weiter fort (Abbildung 4). In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre lag die Zustimmung stets bei etwa 90 Prozent. Mit Beginn der achtziger Jahre setzte ein Rückgang dieser Zustimmung ein. Verglichen mit 1980 (95 Prozent) lag sie 1990 mit 73 Prozent um 22 Prozentpunkte niedriger. Der Vorsprung der eindeutigen Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft vor ab-

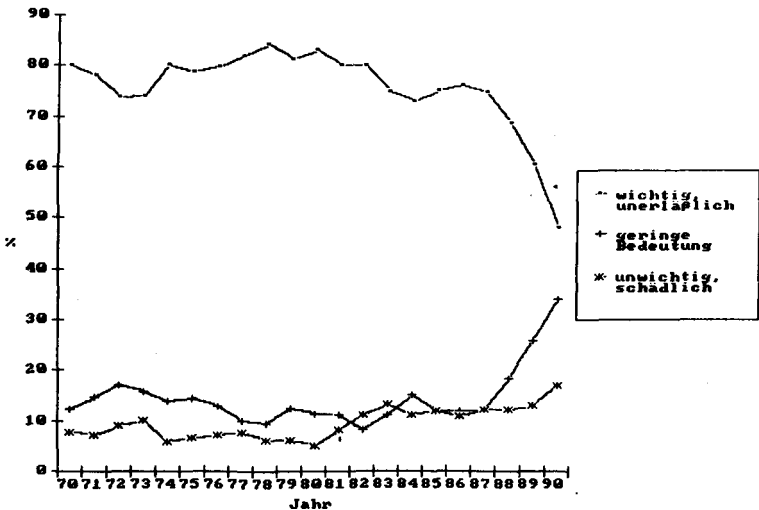
Abbildung 4: „Sollten wir der NATO weiter in unveränderter Form angehören — sollten wir einer mehr aufgelockerten — oder einer mehr gefestigten NATO angehören — sollten wir aus der NATO ausscheiden — oder was meinen Sie sonst?“



lehnenden oder skeptischen Einstellungen (für „Auflockerung“ der NATO) war damit von 90 auf 46 Prozent der Befragten zurückgegangen.

Parallele Entwicklungen sind bei unmittelbar auf die amerikanische Truppenpräsenz bezogenen Einstellungen feststellbar, so etwa bei der Frage, ob die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland für unsere Sicherheit unerlässlich, wichtig, von geringer Bedeutung, unwichtig oder schädlich ist. Von 1980 bis 1990 nahm der Prozentsatz derjenigen Befragten, die meinten, die amerikanische Präsenz sei unerlässlich oder wichtig, um 36 Prozentpunkte von 84 auf 48 Prozent ab (Abbildung 5). Der Vorsprung dieser positiven Meinungen vor den übrigen Auffassungen verkehrte sich damit gegenüber seinem Maximalwert von 69 Prozentpunkten im Jahre 1978 in einen Rückstand von vier Prozentpunkten im Jahre 1990. Unter dem Eindruck des Golfkrieges hat dieser Abwärtstrend jedoch eine deutliche Umkehr erfahren.

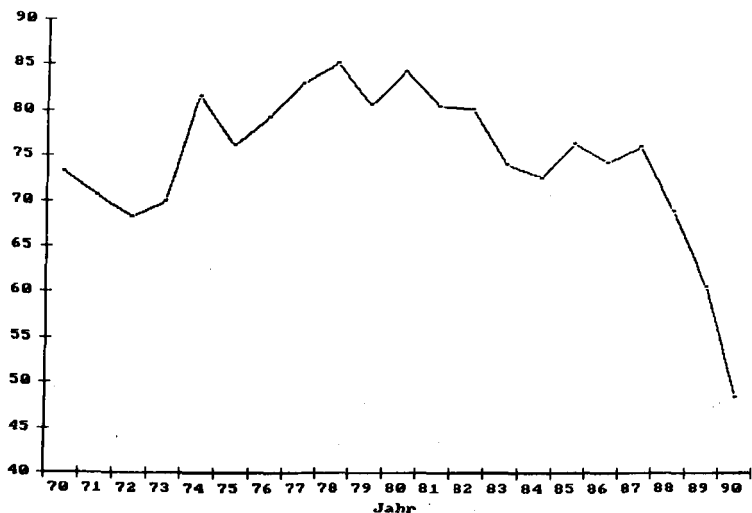
Abbildung 5: „Was meinen Sie, ist die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik für unsere Sicherheit unerlässlich — wichtig — von geringer Bedeutung — unwichtig — oder schädlich?“



Im Januar 1991 gaben auf die gleiche Frage wieder 64 Prozent der westdeutschen Befragten an, die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland sei für unsere Sicherheit unerlässlich oder wichtig.⁵

Die Befürwortung eines Rückzugs der amerikanischen Truppen nahm in den letzten Jahren ebenfalls deutlich zu. Von 1970 bis 1987 sprachen sich stets zwischen knapp 70 und 85 Prozent (Mittelwert: 76 Prozent) der Befragten gegen einen Abzug oder Teilabzug aus (Abbildung 6). Bis 1990 ging dieser Anteil auf 48 Prozent zurück.⁶ Der Vorsprung der Ablehnung von Abzug oder Teilabzug

Abbildung 6: „Wären Sie für einen Abzug bzw. Teilabzug der Amerikaner aus der Bundesrepublik oder sind Sie dagegen, daß die Amerikaner abziehen?“ (% gegen Abzug)



⁵ Vgl. *Der Spiegel*, 4.2.1991, S. 43, wo über eine EMNID-Umfrage mit gleichem Wortlaut berichtet wird.

⁶ Leider wurde die Frage nach amerikanischem Abzug oder Teilabzug in den EMNID-Umfragen 1985 bis 1990 nicht mehr gestellt. In Abbildung 6 wurde deshalb für diese drei Jahre der Prozentsatz derjenigen ersetzt, die angaben, die amerikanische Präsenz sei wichtig oder unerlässlich für die deutsche Sicherheit. In den Jahren 1975 bis 1987 lagen diese beiden Werte im Mittel nur um 1,2 (maximal um drei Prozentpunkte) auseinander.

der amerikanischen Truppen vor entgegengesetzten Auffassungen betrug 1978 71 und auch 1987 noch 53 Prozentpunkte; 1990 war dies die Position einer knappen Minderheit geworden. Leider ist in den EMNID-Daten zwischen Unterstützung eines teilweisen und vollständigen Abzugs nicht differenziert, so daß die Zustimmung zum Verbleib verringerter amerikanischer Kontingente nicht festgestellt werden kann.⁷ Festgehalten werden kann an dieser Stelle aber, daß die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland derzeit einer Reduktion der amerikanischen Präsenz wesentlich aufgeschlossener gegenübersteht als noch vor wenigen Jahren, was angesichts der politischen Entwicklung, des KSE-Vertrags und der erklärten Intentionen von Bundesregierung und Alliierten zum Truppenabbau kaum überraschen kann.

Zusammenfassen läßt sich diese Übersicht über die Entwicklung relevanter Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten wie folgt: Die größte Zustimmung zur Fortsetzung der amerikanischen Truppenpräsenz in Deutschland, zu ihrer Bedeutung für die Sicherheit des Landes sowie zu der eng damit zusammenhängenden deutschen Mitgliedschaft in der NATO konnte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre festgestellt werden. Seither ist ein mehr oder weniger deutlicher Rückgang solcher Einstellungen festzustellen, die mit dem Abschmelzen von Bedrohungsvorstellungen einherzugehen scheint. Am deutlichsten ist er bei den Bewertungen der Bedeutung der amerikanischen Präsenz für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Für die Beurteilung der zukünftigen Einschätzung dieser Präsenz durch die öffentliche Meinung ist eine zentrale Frage, ob diese Trends sich fortsetzen, auf den jetzigen Niveaus einpendeln oder wieder umkehren werden. Ein gewisser Anlaß zur Besorgnis ergibt sich aus der Tatsache, daß einige dieser Entwicklungen in den letzten zwei oder drei Jahren ein besonders hohes Tempo an den Tag gelegt haben. Ob die Ereignisse seit dem Herbst 1989 dabei eine Rolle gespielt haben, wird im vierten Abschnitt genauer zu bewerten sein.

⁷ Siehe dazu unten, besonders Tabelle 4.

Andererseits scheint jedoch der Abwärtstrend angesichts der Golfkrise zum Stillstand gekommen zu sein. Verschiedene neuere Befunde deuten auf eine Stabilisierung der öffentlichen Meinung hin,⁸ über deren Dauerhaftigkeit derzeit natürlich noch keine Gewißheit bestehen kann.

Zur Darstellung der Zusammenhänge zwischen den in den Abbildungen 1 bis 6 beschriebenen Einstellungstrends über die Zeit hinweg eignen sich bivariate Korrelationskoeffizienten zwischen den

Tabelle 1: Korrelationen zwischen und mit Einstellungen zur US-Präsenz, 1970—1990 (N = 21)

	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
(1) Militärische Kräfteverhältnisse	51 ^b	47 ^a	46 ^a	43 ^a	54 ^b
(2) Bedrohung	100	87 ^c	73 ^c	86 ^c	81 ^c
(3) Verteidigungsausgaben		100	81 ^c	91 ^c	90 ^c
(4) NATO-Mitgliedschaft			100	82 ^c	78 ^c
(5) Wichtigkeit der US-Präsenz				100	95 ^c
(6) Fortdauer der US-Präsenz					100

Quelle: Jährliche EMNID-Umfragen für das Bundesministerium der Verteidigung „Meinungsbild zur wehrpolitischen Lage“

Die Jahreswerte der einzelnen Variablen sind wie folgt definiert:

(1): % Warschauer Pakt überlegen

(2): % sehr große oder große Bedrohung

(3): % Verteidigungsausgaben gerade richtig oder zu niedrig

(4): % für Mitgliedschaft in NATO oder in gefestigter NATO

(5): % US-Präsenz unerlässlich oder wichtig

(6): % gegen Abzug der US-Truppen

Alle Korrelationskoeffizienten sind mit 100 multipliziert.

a: signifikant mit $p < 0,05$

b: $p < 0,01$

c: $p < 0,001$

⁸ Vgl. Hans-Joachim Veen, Die Westbindungen der Deutschen in einer Phase der Neuorientierung, in: *Europa-Archiv*, 2/1991, S. 31—40.

einzelnen Variablen (Tabelle 1).⁹ Alle diese 15 Korrelationen liegen in der erwarteten Richtung, daß nämlich höhere Bedrohungsvorstellungen und stärkere Wahrnehmungen östlicher Überlegenheit einhergehen mit höherer Befürwortung des Verteidigungshaushalts und größerer Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft und die amerikanische Truppenpräsenz. Der Mittelwert aller Korrelationen beträgt 0,72. Die zuvor isoliert behandelten Zeitreihen weisen also untereinander über die Zeit hinweg deutliche Zusammenhänge auf. Unterdurchschnittlich ausgeprägt sind die Beziehungen mit der Bewertung der militärischen Kräfteverhältnisse, überdurchschnittlich hoch hängen Bedrohungswahrnehmungen, Einstellungen zum Verteidigungshaushalt, zur Bündnismitgliedschaft und zur amerikanischen Präsenz miteinander zusammen.

Die sechs Einstellungsmaße in Tabelle 1 können in zwei Gruppen zusammengefaßt werden. Wahrnehmungen der militärischen Balance und der Bedrohung charakterisieren die Beurteilung der sicherheitspolitischen Ausgangslage, die übrigen vier Größen erfassen verschiedene Aspekte der Befürwortung militärischer Sicherheitspolitik. Die Beziehung zwischen diesen beiden Einstellungsdimensionen kann durch die mittlere Korrelation zwischen den beiden Gruppen von Variablen geschätzt werden; der Mittelwert dieser acht Korrelationen beträgt 0,65. Der längszeitliche Zusammenhang zwischen Lagebeurteilung und Zustimmung zu einer auf Bündnismitgliedschaft und US-Präsenz gestützten Sicherheitspolitik ist also ziemlich stark. Diese Feststellung ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Zum einen deutet sie darauf hin, daß die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu diesen Fragen über die Zeit hinweg eine gewisse Konsistenz aufweist. Daraus folgt zum zweiten, daß von der Lagebeurteilung kaum noch weiterer Druck in Richtung auf Verminderung der Zustimmung zum Bündnis und der amerikanischen Präsenz ausgehen kann, weil die Auflösung von aktuel-

⁹ Der Pearsonsche Korrelationskoeffizient mißt die Stärke der Beziehung zwischen zwei Variablen. Er bewegt sich zwischen -1 und $+1$. Ein Wert von 0 bedeutet, daß kein Zusammenhang besteht. Ein Wert von -1 steht für eine perfekte negative, ein Wert von $+1$ für eine perfekte positive Beziehung, d.h. je höher die Ausprägung der ersten Variablen, desto höher diejenige der zweiten.

len Bedrohungswahrnehmungen schon sehr weit fortgeschritten ist (Abbildung 2). Auch dies spricht eher für die weiter oben ange-deutete Möglichkeit einer Stabilisierung der einschlägigen öffent-lichen Meinung nach einigen Jahren größerer Veränderungen.

3. Differenzierung der öffentlichen Meinung zur Sicherheitspolitik nach Alter, Ausbildung und Parteipräferenz

Während wir es bisher ausschließlich mit Zeitreihen von Meinungs-verteilungen und den Beziehungen zwischen ihnen über die Zeit hinweg zu tun hatten, soll nun ein Blick auf die Differenzierung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland im Querschnitt geworfen werden. Die Datenbasis dafür bilden die 1987 und 1990 von EMNID für das Verteidigungsministerium durch-geführten Umfragen „Meinungsklima zur wehrpolitischen Lage“. Die Antworten auf die bisher analysierten Fragen werden dabei in Beziehung gesetzt zu Alter und Schulbildung der Befragten und ihrer Parteipräferenz. Für eine vollständige Darstellung der Um-frageergebnisse wären für jede Einstellungsfrage sechs Kreuztabel-len wiederzugeben (also insgesamt 36). Da dies aus Platzgründen unmöglich ist, enthält Tabelle 2 nur Kontingenzkoeffizienten; je-der dieser Koeffizienten steht für eine vollständige Kreuztabelle und erfaßt die Stärke des Zusammenhangs zwischen der Einstel-lungsverteilung und dem jeweiligen sozialstrukturellen Merkmal bzw. der Parteipräferenz.

Hinsichtlich Alter und Schulbildung zeigt Tabelle 2 fast durch-gängig statistisch signifikante Beziehungen nach dem einheitlichen Muster, daß ältere Befragte den Osten eher als militärisch überle-gen und bedrohlich sehen und der NATO, dem Verteidigungshaus-halt und der amerikanischen Präsenz positiver gegenüberstehen, während bei Befragten mit höherer Schulbildung entgegengesetzte Meinungen in der Regel häufiger sind. Zwischen 1987 und 1990 hat dabei die Rolle des Lebensalters abgenommen, die der formalen Bildung zumeist zugenommen. Trotz statistischer Signifikanz sind diese sozialstrukturellen Differenzierungen jedoch nicht son-

Tabelle 2: Zusammenhänge von sicherheitspolitischen Einstellungen mit Alter, Schulbildung und Parteibindung, 1987 und 1990 (N = 1968 bzw. 1938)

	Alter		Schulbildung		Parteibindung	
	1987	1990	1987	1990	1987	1990
Militärische Kräfteverhältnisse	19 ^c	01	- 12 ^b	- 25 ^c	19 ^c	17 ^c
Bedrohung	17 ^c	19 ^c	- 20 ^b	- 15 ^c	36 ^c	32 ^c
Verteidigungsausgaben	28 ^c	20 ^c	- 18 ^c	- 23 ^c	44 ^c	24 ^c
NATO-Mitgliedschaft	26 ^c	20 ^c	- 15 ^c	- 25 ^c	50 ^c	40 ^c
Wichtigkeit der US-Präsenz	27 ^c	21 ^c	- 18 ^c	- 25 ^c	52 ^c	35 ^c
Fortdauer der US-Präsenz	24 ^c	-	- 15 ^c	-	56 ^c	-

Quelle: Wie Tabelle 1

—: nicht verfügbar

b: signifikant mit $p < 0.01$

c: $p < 0,001$

Die Zelleneinträge sind Pearsonsche Kontingenzkoeffizienten C:

$$C = \left(\frac{\chi^2}{\chi^2 + N} \right)^{1/2},$$

die für Freiheitsgrade korrigiert wurden (damit der Maximalwert stets 1 ist) durch Division durch das jeweilige theoretische Maximum von C, d.h. durch:

$$\left(\frac{\min(\text{Zeilenzahl}, \text{Spaltenzahl}) - 1}{\min(\text{Zeilenzahl}, \text{Spaltenzahl})} \right)^{1/2}.$$

Sie wurden mit 100 multipliziert, um das Dezimalkomma zu vermeiden. Die berichteten Signifikanzen beziehen sich auf die jeweiligen Werte von χ^2 . C ist normalerweise nur positiv; um aber die Richtung der Zusammenhänge sichtbar zu machen, wurden Vorzeichen vergeben indem die Variablen als „ordinal“ betrachtet wurden. Ihre „positiven“ oder „höheren“ Ausprägungen wurden wie folgt angenommen:

Alter: älter

Schulbildung: länger

Parteisympathie: CDU/CSU

Militärische Kräfteverhältnisse: Ostblock überlegen

Bedrohungswahrnehmung: hoch

Verteidigungsausgaben: zu niedrig

NATO-Mitgliedschaft: dafür

Wichtigkeit der US-Präsenz: hoch

Fortdauer der US-Präsenz: dafür

derlich stark ausgeprägt. Insbesondere liegt eine eindeutige Polarisierung zwischen verschiedenen Generationen nicht vor. Angesichts der deutlichen Verschiebungen in den im zweiten Teil des Beitrages dargestellten Meinungsverteilungen kann deshalb gefolgert werden, daß diese nur zu einem geringeren Teil auf Generationenwechsel zurückgeführt werden können. Zu Generationeneffekten müssen in den letzten Jahren deutliche Periodeneffekte hinzugetreten sein. Mit anderen Worten: bei manchen sicherheitspolitischen Einstellungen haben sich im letzten Jahrzehnt die Randverteilungen so stark verändert (z.B. Einschätzungen der Bedrohung), daß eine generationsorientierte Erklärungsweise¹⁰ aus logischen Gründen viel zu kurz greifen muß. In allen Generationen müssen größere Umorientierungen stattgefunden haben — wenn auch nicht überall in gleichem Ausmaß — um die insgesamt beobachtete Verschiebung zu bewirken. Der Rückgang der Polarisierung nach dem Alter zwischen 1987 und 1990 unterstreicht dieses Argument.

Praktisch ausnahmslos sind die Zusammenhänge zwischen den in Tabelle 2 aufgenommenen Einstellungen und der Parteipräferenz der Befragten deutlich bis sehr deutlich höher als mit Alter oder Ausbildung. Insbesondere gilt das für 1987 und für diejenigen Meinungen, die sich unmittelbar auf die deutsche NATO-Mitgliedschaft und die amerikanische Präsenz beziehen. Auch hier sind wir aber von vollständiger Polarisierung weit entfernt. Es gibt durchaus erhebliche Anteile von Sympathisanten der Oppositionsparteien, welche die NATO-Mitgliedschaft oder die amerikanische Präsenz befürworten — und umgekehrt bei Anhängern der Regierungsparteien. Andererseits ist die Parteipräferenz aber diejenige Größe, nach der die öffentliche Meinung zu diesen Fragen in den Werten für 1987 eindeutig am stärksten polarisiert war. Im Zweifelsfall war also zu erwarten, daß sich etwa zwei Unionsanhänger in ihren Einstellungen zu diesen Themen unabhängig vom Alter viel ähnlicher

¹⁰ Vgl. Stephen F. Szabo, West Germany: Generations and Changing Security Perspectives in: Stephen F. Szabo (Hrsg.), *The Successor Generation: International Perspectives of Postwar Europeans*, London 1983, S. 43—75.

sein würden als zwei gleichaltrige Befragte mit verschiedener Parteibindung. Dieser Sachverhalt ist für die Bundesrepublik Deutschland schon öfter dokumentiert worden.¹¹ Er spiegelt mehrere Entwicklungen des letzten Jahrzehnts wider, nämlich die Etablierung der Grünen als vierter Partei im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland mit eindeutig kritischer Haltung gegenüber den Grundlagen bisheriger westlicher Sicherheitspolitik, ferner vergleichbare programmatische Entwicklungen innerhalb der SPD nach dem NATO-Doppelbeschluß und nicht zuletzt natürlich den Regierungswechsel von 1982, der die Vertretung derartiger Positionen innerhalb der SPD erheblich erleichterte. Insofern reflektiert die Tatsache, daß wir die stärkste Differenzierung einschlägiger Einstellungen nach der Parteisympathie registrierten, nicht zuletzt die gegenüber der Amtszeit Helmut Schmidts erheblich gewachsene Polarisierung zwischen den Partieliten in sicherheitspolitischen Fragen. Inzwischen ist die sicherheitspolitische Konfrontation zwischen den Eliten jedoch zurückgegangen, wofür die Veränderungen im Ost-West-Verhältnis und die Überlagerung der Thematik durch die Probleme der deutschen Einheit verantwortlich sind. In der öffentlichen Meinung ist diese Tendenz nachvollzogen worden, wie die Abnahme der parteipolitischen Polarisierung in den Werten für 1990 zeigt.

4. Auswirkungen der Auflösung des Ostblocks auf die öffentliche Meinung

Die Vermutung liegt nahe, daß die dramatischen Ereignisse seit dem Herbst 1989 Spuren in der öffentlichen Meinung zur NATO-Mitgliedschaft und zur amerikanischen Präsenz hinterlassen haben.

¹¹ Vgl. Hans Rattinger, *The Bundeswehr and Public Opinion*, in: Stephen F. Szabo (Hrsg.), *The Bundeswehr and Western Security*, Basingstoke 1990, S. 93—122, ferner ders., *The Development and Structure of West German Attitudes on Security Issues in the 1980s*, in: Hans Rattinger/Don Munton (Hrsg.), *Debating National Security: The Public Dimension*, Frankfurt/Main 1991.

Die Aussicht auf die Entstehung eines einzigen souveränen deutschen Staates, auf einen schrittweisen Abzug aller sowjetischen Truppen, auf eine drastische Verkleinerung der deutschen Streitkräfte und auf eine erhebliche Verminderung der westlichen Stationierungskräfte müssen sich im öffentlichen Meinungsklima niederschlagen haben. Dies gilt besonders, weil die einschneidenden Verringerungen von Bundeswehr und westlicher Truppenpräsenz nicht nur von den früheren Kritikern der militärisch orientierten westlichen Sicherheitspolitik gefordert werden, sondern auch von ihren bisherigen stärksten Befürwortern im parteipolitischen Spektrum als Preis der deutschen Einheit einkalkuliert sind. Schließlich ist die mehr oder weniger weitgehende Verringerung der eigenen Präsenz in Deutschland nach der Einheit nicht zuletzt die von den Alliierten selbst bezogene Position.

Die erwarteten Veränderungen der Unterstützung für die deutsche Mitgliedschaft in der NATO und für die amerikanische Truppenpräsenz angesichts der Entwicklung hin zur deutschen Einheit lassen sich in der Tat beobachten, allerdings in recht differenzierter Form. Die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft nahm zwischen Juli 1989 und Juli 1990 um 8 Prozentpunkte auf 68 Prozent ab. Das sind zwar immer noch über zwei Drittel der Befragten mit einer Meinung zu dieser Frage, es handelt sich jedoch um den stärksten Rückgang zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren seit 1970 (vgl. Tabelle 3).

Zu dieser Frage wurden im Frühjahr 1990 auch viel weitergehende Ergebnisse berichtet. Eine Studie, in der gefragt wurde, ob das wiedervereinigte Deutschland in der NATO bleiben oder neutral sein sollte, kam zu dem Ergebnis, daß mit 47 Prozent nur noch eine Minderheit sich für den Verbleib in der NATO aussprach. Nur noch Befragte über 60 Jahre und Anhänger der CDU/CSU wiesen halbwegs deutliche Mehrheiten dafür auf. Ein Vergleich mit drei Monate später erhobenen Daten zeigt jedoch, daß diese Ergebnisse mit größerer Vorsicht zu betrachten sind. Im Juni 1990 wurde die Mitgliedschaft in der NATO nicht der Neutralität gegenübergestellt, sondern es wurde „Mitglied oder nicht Mitglied“ gefragt (vierte und fünfte Spalte der Tabelle 3). Hierbei ergab sich wieder

Tabelle 3: Einstellungen zur NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, 1989 und 1990

	% für Mitgliedschaft in NATO oder in gefestigter NATO			% für Mitgliedschaft in NATO gegen- über „neu- tral“		Diffe- renz
	7/89	7/90	Verän- derung	3/90	6/90	
Insgesamt	76	68	- 8	47	73	+ 26
Männer	75	64	- 11	48	69	+ 21
Frauen	77	71	- 6	46	76	+ 30
Alter bis 24 Jahre	62	61	- 1	44	65	+ 21
25-29 Jahre	73	65	- 8	36	69	+ 33
30-39 Jahre ^a				39	61	+ 22
40-49 Jahre ^a	75	69	- 6	43	76	+ 33
50-59/64 Jahre ^b	83	71	- 12	51	74	+ 23
60/65 Jahre und älter ^c	80	80	0	57	85	+ 28
Volksschule ohne Lehre	84	71	- 13	37	83	+ 46
Volksschule mit Lehre	77	76	- 1	45	77	+ 22
Mittlere Reife	75	66	- 9	52	71	+ 19
Abitur und mehr	61	50	- 11	46	63	+ 17
Wahlabsicht CDU/CSU	87	80	- 7	62	90	+ 28
SPD	75	66	- 9	38	65	+ 27
FDP	74	58	- 16	50	67	+ 17
Grüne	40	33	- 7	29	34	+ 5
N	1926	1938		1007	1028	

a: Bei EMNID 30 bis 49 Jahre zusammengefaßt.

b: Bei EMNID bis 64, bei der Forschungsgruppe Wahlen bis 59 Jahre.

c: Bei EMNID ab 65, bei der Forschungsgruppe Wahlen ab 60 Jahren.

Frageformulierungen und Quellen:

Juli 1989 und Juli 1990: „Über die Frage des Bündnisses wird in der Bundesrepublik öfters debattiert. Was meinen Sie dazu: Sollten wir der NATO auch weiterhin in unveränderter Form angehören — sollten wir anstreben, einer mehr aufgelockerten — oder aber einer mehr gefestigten NATO anzugehören — halten Sie es für besser, aus der NATO auszuscheiden — oder was meinen Sie sonst?“
EMNID

März 1990: „Die NATO ist das westliche Verteidigungsbündnis. Sollte ein wiedervereinigtes Deutschland Mitglied in der NATO sein oder sollte es neutral sein?“
Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), Mannheim, Umfrage „Zum

Amerikabild der Deutschen" (für das Forschungsinstitut der Friedrich-Naumann-Stiftung)

Juni 1990: „Sollte Ihrer Meinung nach ein vereinigtes Deutschland Mitglied in der NATO sein oder sollte es nicht Mitglied in der NATO sein?“ Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, Politbarometer Juni 1990

eine deutliche Mehrheit von 73 Prozent für weitere Mitgliedschaft im Bündnis. Damit steht fest, daß der stark abweichende Befund vom März 1990 darauf zurückgeht, daß der NATO-Mitgliedschaft mit der „Neutralität“ ein ebenfalls positiv bewertetes Konzept gegenübergestellt wurde (die Modelle Österreich, Schweden und Schweiz sind die plausiblen Konnotationen). Daß es sich um einen solchen Effekt der Frageformulierung handelt, wird auch daran deutlich, daß der Unterschied in der Beantwortung der beiden Fragen mit zunehmendem Bildungsgrad stark zurückgeht (vgl. letzte Spalte der Tabelle 3). Geringere Abweichungen der Ergebnisse der beiden Fragen zeigen sich auch bei Anhängern der FDP und vor allem der Grünen. Bei den ersteren dürfte dies mit dem höheren Bildungsgrad zusammenhängen, bei den letzteren ist die mehrheitliche Festlegung gegen die Mitgliedschaft in der NATO so ausgeprägt, daß sie von der Nennung der „Neutralität“ als Gegenmodell fast unabhängig ist.

Insgesamt bestätigen sich also die Befunde der Forschungsgruppe Wahlen und von EMNID vom Juni und Juli 1990 gegenseitig. Der Unterschied zwischen den beiden Ergebnissen läßt sich einfach dadurch erklären, daß in die EMNID-Werte (erste beiden Spalten der Tabelle 3) die Antwortkategorie, Deutschland solle einer „aufgelockerten NATO angehören“, nicht eingerechnet ist. Auch der Rückgang der Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft um etwa acht Prozentpunkte zwischen Sommer 1989 und Sommer 1990 läßt sich in Daten der Forschungsgruppe Wahlen nachvollziehen. In ihrem Politbarometer vom Mai 1989 gaben 82 Prozent der Befragten an, sie fänden es „gut“, daß die Bundesrepublik Deutschland Mitglied in der NATO ist, 80 Prozent sagten, sie hielten die NATO für die Erhaltung des Friedens in Europa für „notwendig“. Damit kann als gesichert angesehen werden, daß im Sommer 1990 noch über

Tabelle 4: Einstellungen zur militärischen US-Präsenz in der Bundesrepublik, 1989 und 1990

	% US-Truppen für deutsche Sicherheit unerlässlich oder wichtig			% Abzug der US-Truppen nicht begrüßt			% für US-Truppen unverändert oder verringert			% „verringert“ unter Befürwortern der fortgesetzten Präsenz von US-Truppen		
Insgesamt	62	49	- 13	56	41	- 15	80	70	- 10	71	84	+ 13
Männer	64	48	- 16	59	44	- 15	81	65	- 16	69	88	+ 19
Frauen	58	49	- 9	54	38	- 16	79	74	- 5	73	82	+ 9
Alter bis 24 Jahre	43	36	- 7	48	31	- 17	78	69	- 9	83	87	+ 4
25-29 Jahre	57	38	- 19	56	37	- 19	86	65	- 21	71	82	+ 11
30-39 Jahre ^a				48	33	- 15	79	62	- 17	76	84	+ 8
40-49 Jahre ^a	60	49	- 11	65	41	- 24	85	73	- 12	72	84	+ 12
50-59/64 Jahre ^b	66	53	- 13	57	50	- 7	78	67	- 11	71	88	+ 17
60/65 Jahre und älter ^c	77	60	- 17	59	46	- 13	77	77	0	62	83	+ 21
Volksschule ohne Lehre	69	54	- 15	49	42	- 7	76	76	0	80	82	+ 2
Volksschule mit Lehre	64	52	- 12	59	41	- 18	77	70	- 7	71	81	+ 10
Mittlere Reife	60	48	- 12	59	42	- 17	85	69	- 16	74	88	+ 14
Abitur und mehr	46	36	- 10	58	35	- 23	78	66	- 12	69	88	+ 19
Wahlabsicht BDU/CSU	81	60	- 21	77	55	- 22	92	80	- 12	59	83	+ 24
SPD	51	41	- 10	48	32	- 16	78	63	- 15	81	89	+ 8
FDP	69	50	- 19	68	43	- 25	91	83	- 8	64	83	+ 19
Grüne	29	18	- 11	28	17	- 11	58	34	- 24	90	100	+ 10
N	1926	1938		1002	1007		1002	1008		763	677	

a: Bei EMNID 30 bis 49 Jahre zusammengefaßt.

b: Bei EMNID bis 64, bei der Forschungsgruppe Wahlen bis 59 Jahre.

c: Bei EMNID ab 65, bei der Forschungsgruppe Wahlen ab 60 Jahren.

Frageformulierungen und Quellen:

Juli 1989 und Juli 1990: „Was meinen Sie, ist die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik für unsere Sicherheit unerlässlich — wichtig — von geringer Bedeutung — unwichtig oder schädlich?“ EMNID

Mai 1989 und März 1990: „Wenn die Amerikaner ihre Truppen aus der Bundesrepublik vollständig abziehen, würden Sie das begrüßen, oder würden Sie das nicht begrüßen?“ Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, Politbarometer Mai 1989 bzw. Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), Mannheim, Umfrage „Zum Amerikabild der Deutschen“ (für das Forschungsinstitut der Friedrich-Naumann-Stiftung)

Mai 1989: „Was meinen Sie: Brauchen wir für unsere militärische Sicherheit die amerikanischen Streitkräfte in ihrem jetzigen Umfang, in einem verringerten Umfang, oder brauchen wir sie überhaupt nicht?“ Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, Politbarometer Mai 1989

Mai 1990: „Sollen Ihrer Meinung nach die amerikanischen Streitkräfte vollständig aus der Bundesrepublik abgezogen werden, sollen sie verringert werden, oder soll ihr Umfang unverändert bleiben?“ Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, Politbarometer Mai 1990

70 Prozent der Bevölkerung für die fortgesetzte Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO waren und daß dies einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um weniger als zehn Prozentpunkte darstellte.

Im Gegensatz zu den alten Bundesländern ist im Bereich der ehemaligen DDR eine solche nach wie vor starke Mehrheit nicht anzutreffen. Bei der ersten Umfrage, welche die United States Information Agency (USIA) im Juni 1990 dort durchführte, meinten nur 32 Prozent der Befragten, ein wiedervereinigtes Deutschland solle in der NATO bleiben, während die überwiegende Mehrheit die Alternative „Neutralität“ bevorzugte. Bei einer Nachfrage unter der Voraussetzung, daß die amerikanischen Kernwaffen aus Deutschland abgezogen würden, wurde jedoch aus dieser Minderheit eine deutliche Mehrheit von 75 Prozent für die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland.¹²

Die Veränderungen in der Zustimmung zum Verbleib amerikanischer Truppen in Deutschland zwischen 1989 und 1990 sind deutlicher ausgeprägt. Die Auffassung, diese Truppen seien für die Sicherheit der Bundesrepublik „unerlässlich“ oder „wichtig“ sank bei den in Westdeutschland Befragten um 13 Prozentpunkte auf 49 Prozent (Tabelle 4). Der Anteil derjenigen, die einen vollständigen Abzug dieser Truppen „nicht begrüßen“ würden, nahm von Mai 1989 bis März 1990 um 15 Prozentpunkte auf 41 Prozent ab. Einen solchen vollständigen Abzug zu begrüßen, war im Frühjahr

¹² United States Information Agency, Research Memorandum M-77-90. Ähnliche Zahlen berichtet Veen, a.a.O.

1989 noch die Meinung einer Minderheit, im Frühjahr 1990 war sie zur Meinung der Mehrheit geworden. Auffällig an diesen Verschiebungen ist, daß sie in denjenigen Bevölkerungsschichten besonders stark waren, die noch 1989 die amerikanische Präsenz für am wichtigsten hielten bzw. ihren Abzug am stärksten ablehnten. Damit fand eine Nivellierung der öffentlichen Meinung statt. Am deutlichsten erfolgte sie zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. Sympathisanten der Koalitionsparteien veränderten ihre diesbezüglichen Einstellungen am stärksten — ein weiterer Beleg für den bereits oben genannten Abbau der parteipolitischen Polarisierung der öffentlichen Meinung zu sicherheitspolitischen Fragen.

Daß die amerikanische Truppenpräsenz als weniger wichtig für die deutsche Sicherheit gehalten wird und ein vollständiger Abzug nun mehrheitlich begrüßt würde, bedeutet allerdings nicht, daß ein solcher Abzug auch schon mehrheitlich gewünscht wird. Die Frageformulierung macht hier einen beträchtlichen Unterschied. Bei der Frage danach, ob die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland unverändert bleiben, verringert oder völlig abgezogen werden sollten, läßt sich zwischen Mai 1989 und 1990 ein Rückgang der Unterstützung für eine verringerte oder gleichbleibende Präsenz um zehn Prozentpunkte von 80 auf 70 Prozent der Befragten feststellen (siebte und achte Spalte der Tabelle 4). Dies geht vor allem darauf zurück, daß der Prozentsatz derjenigen, die sich für Präsenz in unverändertem Umfang aussprechen, von 23 auf elf Prozent zurückging. Damit ist innerhalb der Befürworter einer (gleichbleibenden oder verringerten) amerikanischen Präsenz der Anteil derjenigen, die eine Verringerung wünschen, von bereits hohen 71 Prozent 1989 nochmals angestiegen auf 84 Prozent im Mai 1990. Unterstützung der amerikanischen Präsenz ist damit überwiegend Unterstützung für eine verminderte Präsenz geworden. In beiden Jahren war dies die Position einer starken absoluten Mehrheit der Befragten (57 bzw. 59 Prozent). Wiederum fällt auf, daß — in Richtung abnehmender parteipolitischer Polarisierung — bei den Anhängern der Koalitionsparteien der Anteil der Befürworter einer Verringerung besonders kräftig angestiegen

ist. Dies muß wahrscheinlich auch im Kontext der gleichzeitig laufenden Diskussion um die deutsche Einheit gesehen werden. Anhänger der Regierungsparteien befürworteten die rasche Verwirklichung der Einheit am stärksten und waren deshalb am ehesten bereit, ihre Beurteilung der amerikanischen Präsenz den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten anzupassen.

Auch in dieser Frage ist ein immenser Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Für Juni 1990 ermittelte die USIA in Westdeutschland, daß sich 34 Prozent der Befragten für einen vollständigen Abzug der amerikanischen Truppen aussprachen (was ungefähr dem in der achten Spalte von Tabelle 4 wiedergegebenen Wert von 70 Prozent gegen vollständigen Abzug entspricht). Im Bereich der ehemaligen DDR dagegen waren es 76 Prozent.¹³ Der in Ostdeutschland weitverbreitete Wunsch nach vollständigem Abzug der sowjetischen Truppen (nach derselben Umfrage rund 80 Prozent) wird dort also übersetzt in die Auffassung, alle ausländischen Streitkräfte sollten Deutschland verlassen. Eine der wichtigen Fragen der nächsten Jahre wird in diesem Zusammenhang sein, welche Angleichungsprozesse zwischen den einschlägigen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland stattfinden und wie lange sie dauern werden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland zu den sicherheits- und bündnispolitischen Kernfragen der NATO-Mitgliedschaft und der Stationierung amerikanischer Truppen angesichts der Umwälzungen im ehemaligen Ostblock nicht unerheblich verschoben hat. Diese Veränderungen folgten auf langsamere Trends in gleicher Richtung über die achtziger Jahre hinweg. Auffassungen, die früher von fast überwältigenden Mehrheiten der Bevölkerung geteilt wurden, sind heute umstrittener geworden und könnten bei Fortsetzung dieser Entwicklung, die jedoch weder wahrscheinlich noch unvermeidlich ist, sogar in die Minderheit geraten. Durch die völlig abweichenden Einstellungsmuster in Ostdeutschland wird dies noch akzentuiert.

¹³ Ebd.

Die Unterstützung für die deutsche Mitgliedschaft in der NATO hat sich dabei viel weniger gewandelt als für die amerikanische Truppenpräsenz. Daß sie verringert werden sollte, ist inzwischen die Meinung einer deutlichen Bevölkerungsmehrheit.¹⁴ Dies ist jedoch keinesfalls als besorgniserregend zu bewerten, denn diese Differenzierung der öffentlichen Meinung spiegelt eigentlich nur die Inhalte der innenpolitischen Debatte in der Bundesrepublik Deutschland und die von den Alliierten selbst vertretenen Positionen wider. „NATO ja, aber mit einer kleineren Bundeswehr und verringerter alliierter Präsenz“ ist angesichts der äußeren Aspekte der deutschen Einigung die im Konsens der Allianz eingeschlagene (und wohl einzig realistische) Strategie. Sie hat Mehrheiten der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik hinter sich, die (ebenso wie die Auseinandersetzung zwischen den Parteien) deutlich weniger politisch polarisiert sind als noch vor wenigen Jahren. Daß die Mehrheit nun eine reduzierte amerikanische Präsenz befürwortet, statt, wie früher, eine unveränderte, ist nicht alarmierend, sondern eine logische Konsequenz der politischen Entwicklung seit 1989.

5. Öffentliche Meinung in Deutschland und Folgerungen für die amerikanische Politik¹⁵

Bei der Darstellung der öffentlichen Meinung in Deutschland zur amerikanischen Präsenz bewegt man sich noch auf halbwegs gesi-

¹⁴ Der Rückgang der Unterstützung für die Präsenz amerikanischer Truppen hat nichts damit zu tun, daß diese Truppen als störender empfunden würden als früher. Bei der EMNID-Umfrage vom Juli 1990 meinten sieben Prozent der Befragten, das Verhältnis zwischen deutscher Bevölkerung und US-Truppen sei „sehr gut“, 54 Prozent meinten, es sei „gut“, 34 Prozent „mittel“ und drei Prozent „schlecht“. Gegenüber den drei vorhergehenden Jahren ist dies praktisch keine Veränderung — wenn überhaupt, dann eher in Richtung einer Verbesserung der Wahrnehmungen.

¹⁵ Diesem Abschnitt liegen Gespräche zugrunde, die Ende November 1990 in Washington im Kongreß, im Department of State, im Pentagon und bei ver-

chertem Boden — zumindest, was die in den Daten feststellbaren Befunde anbelangt. Mit der Frage nach der Wahrnehmung dieser öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und den möglichen Folgen für den amerikanischen Entscheidungsprozeß begibt man sich in den Bereich der Spekulation. Dies gilt einerseits, weil sich für die Thematisierung der amerikanischen Präsenz in der innenpolitischen Diskussion in Deutschland und für ihre Auswirkungen auf die Öffentlichkeit verschiedene Szenarien entwerfen lassen. Dies gilt andererseits auch, weil die amerikanische Reaktion auf derartige Szenarien nur schwer vorhersagbar ist. Komplizierend kommt hinzu, daß die Vereinigten Staaten selbstverständlich kein monolithisches politisches System sind, so daß man zu jedem Szenario für die Entwicklung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik verschiedene (zum Teil sehr gegensätzliche) Auffassungen über die Implikationen antrifft, die sich daraus für die amerikanische Politik ergeben.¹⁶

Um die Spekulation nicht uferlos werden zu lassen, ist eine Beschränkung auf diejenigen Aspekte der öffentlichen Meinung in Deutschland erforderlich, die derzeit in den Vereinigten Staaten als relevant erachtet werden. Dazu kann man dann die in den USA vorhandenen Einschätzungen und die daraus abgeleiteten Konsequenzen für die eigene Politik zusammenstellen. Beachtung finden gegenwärtig vier Teilaspekte der öffentlichen Meinung in Deutschland: Einstellungen zum Umfang der amerikanischen Streitkräfte

schiedenen Forschungsinstituten geführt wurden. Aus verständlichen Gründen wird auf eine personelle Zuordnung bestimmter Einschätzungen und Argumente verzichtet. Der Verfasser möchte den folgenden Personen danken, die durch Hinweise auf Gesprächspartner und die Organisation von Terminen geholfen haben, diese Serie von Gesprächen in kurzer Zeit abwickeln zu können: Dr. Gregory Flynn vom Carnegie Endowment for International Peace in Washington, Oberstleutnant Bruce Scott vom Army War College in Carlisle, Pennsylvania, Dr. John Steinbruner von der Brookings Institution in Washington und Professor Stephen Szabo von der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University in Washington.

¹⁶ Siehe hierzu auch die beiden Beiträge von Gebhard Schweigler in diesem Band.

nach ihrer Reduktion, zum Einsatz dieser Truppen außerhalb des Bündnisfalls der NATO, zur Beibehaltung einer nuklearen Komponente dieser Präsenz und schließlich zur Verteilung der Stationierung der verbleibenden Truppenkontingente.

Im ersten und im letzten Punkt wird die Entwicklung auf amerikanischer Seite am gelassensten betrachtet, weil man es hier für am wahrscheinlichsten hält, daß im Rahmen der NATO oder unilateral getroffene Entscheidungen zu Resultaten führen können, die von der Öffentlichkeit in Deutschland akzeptiert werden. In der Vorstellung, die amerikanische Präsenz im Verlauf von wenigen Jahren erheblich zu vermindern, sieht man sich in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Für die numerische Festlegung der Restpräsenz wird ein von der deutschen Öffentlichkeit ausgehender Druck derzeit nicht gesehen. Allerdings ist in dieser Frage der Entscheidungsprozeß in der NATO und in den USA noch nicht abgeschlossen. Bei denjenigen, die von einem Zielwert von rund 100.000 Mann ausgehen, ist das Bewußtsein vorhanden, daß die öffentliche Diskussion in Deutschland darauf hinausgehen könnte, diese Zahl niedriger festzulegen. Als grundsätzliches Problem für die amerikanische Politik wird das jedoch nicht betrachtet. Die Auffassung, man könnte einem solchen Druck eventuell noch weiter nachgeben und die verbleibenden Streitkräfte zurückführen auf Verbände, die lediglich Wiederaufbaufähigkeit sicherstellen und Aufgaben innerhalb europäischer Sicherheitsstrukturen übernehmen, ist nur im Ausnahmefall anzutreffen. Die vorherrschende Ansicht ist, daß die restlichen Truppen einen signifikanten Anteil von Kampfverbänden enthalten sollten, was einen gewissen Mindestumfang erforderlich macht. Als Modell wird Korea genannt, wo seit Jahrzehnten etwas über 50.000 Mann stationiert sind. Sollte die innenpolitische Situation in Deutschland eine Reduktion auf diese Größenordnung erfordern, würde das kaum größeres Kopfzerbrechen bereiten. Weitergehende Forderungen der Öffentlichkeit in Deutschland werden derzeit nicht befürchtet.

Zur Dislozierung der restlichen Streitkräfte ist man sich darüber im klaren, daß sich die deutsche Öffentlichkeit in ihrer Haltung

zu Fortdauer der Präsenz bzw. Abzug sehr unterschiedlich darstellt — je nachdem, ob man es mit Stationierungsgemeinden zu tun hat oder nicht — und daß auch zwischen Stationierungsregionen erhebliche Unterschiede bestehen. Es herrscht die Auffassung vor, daß man in Absprache mit Bundesregierung und Landesregierungen Modalitäten für den Truppenabbau finden kann, die dieser Differenzierung der öffentlichen Meinung Rechnung tragen. Die strukturpolitischen Überlegungen der deutschen Seite werden durchaus ernstgenommen. Es wird aber darauf hingewiesen, daß derartige Kriterien natürlich nicht notwendigerweise auch zu einer militärisch optimalen Dislozierung führen. Angesichts der gegenwärtigen Situation der Ost-West-Beziehungen und der Bedrohungslage wird dies jedoch für zweitrangig gehalten. Ein wichtiger Maßstab scheint — unter der Prämisse, daß größere Kampfverbände in Deutschland verbleiben werden — der Zugang und die Nähe zu geeigneten Übungsplätzen zu sein. Dadurch kann es dazu kommen, daß strukturpolitische Überlegungen nachgeordnet werden.

Als potentiell wesentlich brisanter werden die beiden anderen Punkte angesehen.¹⁷ Aus amerikanischer Sicht spricht für die Beibehaltung der Präsenz in Deutschland und Europa ein allgemeines Versicherungsargument angesichts der Unsicherheit der weiteren Entwicklung im ehemaligen Ostblock, ebenso aber auch das Argument, diese Verbände seien außerhalb des NATO-Bündnisfalls einsetzbar. Der Golfkrieg verleiht diesem Argument besonderes Gewicht. Mit Genugtuung ist zur Kenntnis genommen worden, daß die Verlegung von zwei Divisionen aus Deutschland nach Saudi-Arabien und die logistische Inanspruchnahme europäischer Einrichtungen für die Militäraktion im Nahen Osten in Deutschland bisher nur auf geringe Kritik gestoßen sind. Es wird jedoch nicht davon ausgegangen, daß dieses Beispiel beliebig wiederholt werden kann. In dieser Frage findet man eine klare Trennung amerikanischer Gesprächspartner in zwei Gruppen vor. Beide sind sich darin einig, daß die Vereinigten Staaten auf eine derartige Option

¹⁷ Siehe hierzu auch die Beiträge von Helga Haftendorn, Josef Joffe, Michael Rühle und K.-Peter Stratmann in diesem Band.

nicht verzichten können und daß sie, wenn dafür in Europa stationierte Streitkräfte herangezogen werden, Akzeptanzprobleme aufwerfen können. Die daraus gezogenen Schlußfolgerungen sind jedoch gegensätzlich. Auf der einen Seite wird argumentiert, ein Vetorecht des Gastlandes über den Einsatz amerikanischer Truppen könne es nicht geben. Die verbleibenden Streitkräfte seien auch im Interesse des Gastlandes entsandt; daraus folge keinesfalls, daß sie nicht entsprechend amerikanischen Interessen anderwärts eingesetzt werden könnten, wenn sich dies aus der amerikanischen Lagebeurteilung so ergibt. Ein Druck der deutschen Öffentlichkeit, darauf zu verzichten, müßte im Extremfall zum Abzug führen. Andererseits findet man die Überlegung, derartige Kontroversen seien aufgrund der unterschiedlichen politischen Kulturen und gesellschaftlichen Haltungen zum Einsatz militärischer Macht unvermeidlich. Bei Krisen, die nicht den NATO-Bündnisfall auslösen, werde stets das Strukturproblem bestehen, daß die Vereinigten Staaten auch die militärische Option in Betracht ziehen, während insbesondere Deutschland, aber auch andere europäische Staaten, sie zugunsten von Verhandlungslösungen herunterspielen werden. Deshalb sollten die Vereinigten Staaten von vornherein sich selbst und den Europäern derartige Testsituationen ersparen. Die Konsequenz dieses Arguments ist, auf anderwärts oder in den Vereinigten Staaten selbst stationierte Verbände für solche Optionen zurückzugreifen und die Kampftruppenkomponente insbesondere in Deutschland entsprechend zu reduzieren.

Ein ebenso breites Meinungsspektrum findet man zur Frage der nuklearen Komponente der verbleibenden amerikanischen Streitkräfte vor.¹⁸ Übereinstimmung herrscht darin, daß die Entwicklung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland hierzu potentiell weitreichende Konsequenzen haben könnte, wenn sie in Richtung auf vollständigen Abzug von Kernwaffen geht. Dazu wird einerseits behauptet, eine residuale nukleare Komponente sei unverzichtbar. Ohne sie mache der Verbleib stark verminderter konventioneller Kampfverbände keinen Sinn, ohne sie sei

¹⁸ Vgl. auch ebd.

weder eine Einbeziehung Europas unter die erweiterte Abschreckung noch eine Beteiligung der Deutschen an der Nuklearplanung denkbar. Entsprechender Druck der deutschen Öffentlichkeit müßte zu eindeutigen Folgerungen führen. In diesem Zusammenhang wird bedauert, daß die Bundesrepublik Deutschland sich mit der Forderung durchgesetzt hat, Ost-West-Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme zu führen, weil dadurch nur die Aufmerksamkeit in Deutschland auf die verbleibenden Kernwaffen gelenkt wird.¹⁹ Vorzuziehen wäre ein einseitiger Abzug der landgestützten Kernwaffen (die fast allgemein für verzichtbar gehalten werden) in den nächsten Jahren gewesen. Von einem Verhandlungsprozeß wird öffentlicher Druck in Richtung einer weiteren Null-Lösung befürchtet, welche die Kernwaffen der Luftwaffe einbeziehen könnte, an denen man im Sinne der obigen Argumente zumindest teilweise festhalten möchte.

Die entgegengesetzte Sichtweise hält eine Entwicklung der deutschen öffentlichen Meinung in Richtung vollständiger Entnuklearisierung für unvermeidlich. Die amerikanische Politik würde gut daran tun, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung geeignete Entscheidungen zu treffen, um dieses Thema erst gar nicht in die Diskussion kommen zu lassen. Da ohnehin nur noch die taktische Luftwaffe als Kernwaffenträger in Frage kommt, könnten die Sprengköpfe bei den jetzt gegebenen Vorwarnzeiten in den Vereinigten Staaten gelagert werden, wo auch eine Modernisierung in Richtung auf Abstandswaffen viel leichter durchführbar sei. Die entsprechenden amerikanischen Luftwaffeneinheiten könnten gelegentlich zu Übungsbesuchen nach Deutschland kommen, die für eine nukleare Rolle bestimmten Verbände der Bundesluftwaffe könnten regelmäßig in den Vereinigten Staaten üben. Auf dieser Grundlage würde sich auch weder die Grundsatzfrage „keine Kernwaffen, also keine Truppen“ stellen, noch müßte die Mitwirkung Deutschlands an der Nuklearplanung aufgegeben werden, weil sie bereit bliebe, im Krisenfall Kernwaffen aufzunehmen und eigene Streitkräfte für diesen Einsatz vorzusehen.

¹⁹ Siehe hierzu auch den Beitrag von K.-Peter Stratmann in diesem Band.

Diese Kurzdarstellung von derzeit in den Vereinigten Staaten anzutreffenden Wahrnehmungen und Überlegungen hinsichtlich der Rolle der öffentlichen Meinung in Deutschland zur amerikanischen Präsenz verdeutlicht zweierlei: Erstens werden diese Entwicklungen in der Tat beobachtet, und man gibt sich Mühe, sie in die eigenen Entscheidungen einzubeziehen. Dabei ist aber, zweitens, die Bereitschaft, ihnen entgegenzukommen, sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die geringsten Schwierigkeiten dürfte ihre Berücksichtigung bei der Strukturierung der verbleibenden amerikanischen Streitkräfte bereiten. Auch in der Frage ihres Gesamtrumfangs ist die Neigung verbreitet, flexibel auf Erfordernisse zu reagieren, die sich aus der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland ergeben. Deutlicher scheiden sich die Geister an der Einsetzbarkeit der restlichen Kontingente außerhalb des NATO-Bündnisfalls und ihrer nuklearen Komponente. Hier findet man ein breites Meinungsspektrum vor, das von der Position „amerikanische Präsenz so oder gar nicht“ bis hin zu der Vorstellung reicht, man könnte antizipierend im beiderseitigen Einvernehmen die residuale Präsenz so gestalten, daß die öffentliche Auseinandersetzung über Grundsatzfragen vermieden wird.

Über solche Detailfragen hinaus beschäftigt die öffentliche Meinung zur amerikanischen Präsenz in Deutschland amerikanische Entscheidungsträger und Analytiker auch unter zwei allgemeineren und miteinander zusammenhängenden Gesichtspunkten, nämlich ihrer möglichen Instrumentalisierung im politischen Prozeß in den USA und ihrer Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung in Europa, besonders in Osteuropa und der Sowjetunion. Es wird vermerkt, daß die öffentliche Unterstützung für die deutsche NATO-Mitgliedschaft und die Fortdauer der amerikanischen Präsenz zurückgegangen und in den neuen fünf Ländern nur gering ausgeprägt ist. Bei einer Fortsetzung dieses Trends wird befürchtet, daß solche Zahlen aus Umfragen sich im politischen Prozeß für diejenigen zum Ausschlichten anbieten werden, die entweder grundsätzlich das Engagement in Europa aufgeben oder aber die Drohung damit instrumentell einsetzen möchten. Zusammen mit Belegen über fehlenden Einsatz zur Unterstützung der Vereinigten

Staaten können entsprechend aufbereitete Informationen dazu dienen, Deutschland an den Pranger zu stellen. In der gegenwärtigen Golfkrise sind derartige Befürchtungen bereits bestätigt worden. Die Kombination des Lastenteilungsarguments mit einer gegenüber der amerikanischen Präsenz skeptischen öffentlichen Meinung in Deutschland ist politisch gefährlich ausnutzbar.

Ob sich die öffentliche Meinung in Deutschland in eine solche Richtung entwickelt, wird nicht zuletzt abhängig sein von den weiteren Ereignissen in der Sowjetunion und in Osteuropa. Für am wahrscheinlichsten wird das für den Fall gehalten, daß der Wandel im ehemaligen Ostblock sich überwiegend friedlich vollzieht und zumindest mittelfristig zur Verringerung des ökonomischen Problemdrucks führt. Sollte dagegen eher eine Implosion bis hin zu bürgerkriegsähnlicher Gewaltanwendung erfolgen, wird davon ausgegangen, daß das Versicherungsargument für NATO-Mitgliedschaft und amerikanische Präsenz wieder an Gewicht gewinnen wird, auch für die deutsche Öffentlichkeit. Von diesen Randbedingungen hängt natürlich ebenfalls ab, ob diese Fragen sich für die Thematisierung in der parteipolitischen Auseinandersetzung in Deutschland anbieten oder nicht — ein Zusammenhang, der in den Vereinigten Staaten klar gesehen wird. Ihn zu sehen, bedeutet aber nicht, daß man die Zukunft dieser Randbedingungen zweifelsfrei vorhersagen kann.